

VPOD Biel

Am 20. Januar hielt die Gesamtsektion ihre Jahresversammlung ab. Der Präsident leitete die Verhandlungen mit folgenden Worten ein: „Schon freuten wir uns, im vergangenen Jahr keinen Todesfall verzeichnen zu müssen, als uns am 20. Dezember unser junger Kollege Ernest Farine, gewesener Kanzlist auf dem Vormundschaftsbureau, durch Tod entrissen wurde.“ Dem Verstorbenen wurde die übliche Ehre erwiesen.

Das Verhältnis zwischen Behörden und Gewerkschaft ist auch in diesem Jahr nicht besser geworden, ja es hat sich im Juni so zugespitzt, dass wir selbstverständlicher gewerkschaftlicher Forderungen wegen zum letzten Mittel, zum Streik, greifen mussten.

Wir sind auch heute noch nicht im Besitze der Ausführungsbestimmungen zum Lohnregulativ. Eine diesbezügliche Konferenz mit der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion hat soweit Aufklärung geschaffen, dass der Gemeinderat nun endgültig beschlossen und die Stadtkanzlei Auftrag haben soll, die definitiven Bestimmungen in Druck zu geben.

Sämtliche Berichte wurden genehmigt. An die Gruppen- und Sektionsfunktionäre wurde mit einigen Ausnahmen die übliche Entschädigung gesprochen.

Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Präsident: Emil Gräppi (bisher),
Sekretär: Rudolf Rindlisbacher, (bisher),
Kassier: Paul Chappaz (bisher),
Vizepräsident: Käser (bisher), zugleich Sterbekasse-Verwalter,
Protokollführer: Adolf Lempen (bisher).

Dem Vorstand gehören folgende Gruppenvertreter an:

Gruppe Angestellte: Adolf Lempen (obgen.),
Gruppe Bauamt: Cafilich (bisher),
Gruppe E.W.: Käser (obg.),
Gruppe Friedhof- und Stadtgartner: Rufenacht (bisher),
Gruppe Gas- und Wasserwerk: Äschlimann (bisher), Alfred Alchenberger (neu),
Gruppe Strassenbahner: Adolf Wyssseier (bisher), Chappaz (obg.).

Dem zurücktretenden Kollegen Steiner wird noch an dieser Stelle der beste Dank für die im Vorstand geleistete Arbeit ausgesprochen.

An Stelle des von der Geschäftsprüfungskommission zurücktretenden Kollegen Alfred Alchenberger wird Kollege Schneeberger, Gruppe Gas- und Wasserwerk, bestätigt.

Der öffentliche Dienst, 4.2.1927.